

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Kreisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Zweiundachtzigster Jahrgang.

Nr. 731.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 18. Oktober.

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei S. L. Hause & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Adolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

1879.

Amtliches.

Berlin, 17. Oktober. Der König hat geruht: dem Ober-Berggrath Siemens zu Clausthal den Charakter als Geheimer Berg-Rat zu verleihen.

Dem kaiserlichen Konsul Karl Wilhelm Diehl in Montevideo ist auf seinen Antrag die Entlassung aus dem Reichsdienste ertheilt worden.

Dem Notar Albert Heck zu Mühlhausen ist die nachgesuchte Entlassung aus dem elsaß-lothringischen Justizdienste ertheilt.

Politische Uebersicht.

Posen, 18. Oktober.

Unser Kronprinz begeht am heutigen Tage seinen achtundvierzigsten Geburtstag. Er verlebt den Tag fern von der Heimath, aber inmitten seines Familienkreises am Gestade des mittelländischen Meeres, und bei ihm weilen die Gedanken des deutschen Volkes. Schon einmal traf ihn der 18. Oktober außerhalb der Grenzen der deutschen Heimath; es war im Jahre 1870, wo er an der Spitze seiner Waffengenossen das Schwert gezogen hatte zum Schutze des bedrohten Vaterlandes. Schwere Wochen waren es, die er damals durchlebte, und auch heute wirkt die Erinnerung an trübe Stunden des leichtverflossenen Jahres in der kronprinzhlichen Familie ihre Schatten auf diesen Tag. Es wird in einigen Blättern daran erinnert, daß am heutigen Tage 30 Jahre verflossen sind, seitdem Kronprinz Friedrich Wilhelm nach dem hohenzollernschen Hausgesetze die Großjährigkeit erreichte. Damals antwortete der achtzehnjährige Prinz auf eine ihm überreichte Adresse: „Ich bin zwar noch sehr jung, aber ich werde mich zu meinem hohen Berufe mit Ernst und Liebe vorbereiten und mich bestreben, einst die Hoffnungen zu erfüllen, welche mir dann als Pflicht von Gott auferlegt werden.“ — Die inzwischen verflossenen drei Jahrzehnte haben viel in den Geschicken unseres Vaterlandes und Manches gewiß auch an den damals herrschenden Anschauungen und Überzeugungen geändert; eins aber ist geblieben: das feste Vertrauen auf den mit „Ernst und Liebe“ erfüllten Herrscherberuf des Hohenzollernhauses, dessen Bürde den Kronprinzen dereinst unter Verhältnissen zufallen soll, die von den Zuständen in seinen Jünglingsjahren so tief und wesentlich verschieden sind. Fest hält die Nation an dem Glauben, daß diese Zukunft einst die „Hoffnungen erfüllen wird“, die dem achtzehnjährigen Prinzen in ernstem und libervollem Streben bei jenem Gelübde vorschwebten und die für den gereiften Fürsten sicher schon jetzt ein Gegenstand steter Fürsorge sind.

Der Kultusminister v. Puttkamer hat, wie bereits kurz gemeldet, die bereits vollendete Simultanisierung der elbinger Knabenschulen definitiv rückgängig gemacht. Nach den Meldungen über den Empfang der elbinger Deputation kommt dieses Definitivum überraschend schnell. Der Minister hatte darnach eine nochmalige Prüfung des Falles zugesagt und die Einreichung einer Denkschrift verlangt. Das geschah am letzten Sonnabend, 11. Oktober. Nur zwei Tage später, am Montage, war die Sache bereits erledigt, wie die nachstehende, von der „Germ.“ mitgetheilte Verfügung der Danziger Regierung beweist:

Königliche Regierung.

Abtheilung des Innern.

Auf Ihre Vorstellung vom 5. Februar d. J. hat der Herr Minister für geistl. Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten unter dem 9. d. entschieden, daß für die von den städtischen Behörden beschlossene Umwandlung der katholischen dritten Knabenschule in eine paritätische Schulanstalt die Staatsgenehmigung nicht zu erteilen. Sie werden von dieser Entscheidung hierdurch im Auftrage des Herrn Ministers in Kenntnis gesetzt.

An
den Wagenfabrikanten Herrn N. und
Genossen in Elbing.

Es bleibt danach nur übrig anzunehmen, daß die elbinger Deputation die Eröffnungen des Kultusministers unrichtig aufgefaßt hat. Die danziger Regierung wäre wohl nicht ohne Anweisung geblieben, wenn der Kultusminister in der That die nochmalige Prüfung des Falles an der Hand einer von der elbinger Stadtbehörde erst noch einzusendenden Denkschrift beabsichtigte.

Die „Post“ schreibt: „Die liberalen Blätter greifen den Herrn Oberpräsidenten Dr. Achenbach jetzt deshalb an, weil er sich für konfessionelle Schulen ausgesprochen hat. Wir brauchen dem gegenüber bloß darauf hinzuweisen, daß das offizielle Programm der freikonservativen Partei sich 1870/71 ausdrücklich für konfessionelle Schulen erklärt hat und nur mittlere und hohe Schulen der Regel nach hat paritätisch sein lassen. Der staatliche Charakter der Schulen wird ja dadurch überhaupt nicht beeinträchtigt.“

Nach einer der „N.-Z.“ zugegangenen Privat-Depesche aus Hannover hat Herr v. Bennigsen, im Gefühle seiner durch die gegenwärtige politische Lage begründeten Verantwortlichkeit, sich entschlossen, das Mandat für das Abgeordnetenhaus anzunehmen. Die freikonservative „Post“, welche heute eine solche

Eventualität bespricht, schließt ihre Ausführungen folgendermaßen:

Wir würden einen Entschluß des Herrn v. Bennigsen, wieder in das Abgeordnetenhaus einzutreten, als ein erfreuliches Zeichen für die nächste Gestaltung der politischen Situation begrüßen, weil mit seiner Rückkehr in das Parlament die politische Einheit und Mäßigung in der Führung der nationalliberale Partei mächtig gestärkt, bezw. zur Herrschaft gebracht werden würde.“

Vielfach heißt es, die Landtagsession werde diesmal sehr kurz ausfallen. zieht man indes die zahlreichen Vorlagen in Betracht, die es zu erledigen giebt, so wird sich eher die Bevölkung aufdrängen, daß die Session über die Maßen lang werden wird. Da ist vor Allem der Staatshaushalt, und der Gesetzentwurf über die Verwendung der „Reichsüberschüsse“. Das Ministerium des Innern wird die Novelle zum Kompetenzgesetz und die Vorlage über Neorganisation der oberen Verwaltungsbehörden beisteuern, das Justizministerium vielleicht — die Berathungen schwanken noch — Vorschläge zur Revision des Substaatsgesetzes. Aus dem landwirtschaftlichen Ministerium erwartet man einige Vorlagen, die schon unter Dr. Friedenthal ausgearbeitet worden, so ein Gesetz über das Verfahren bei den Auseinandersetzungs-Behörden in Gemäßheit der neuen Justizgesetze, ferner ein Feld- und Forstpolizeigesetz und möglicherweise, wenn es noch fertig wird, ein Jagdpolizeigesetz, sowie auch ein Gesetz über Waldtheilungen. Dazu kommen aus dem Ministerium für öffentliche Arbeiten die Eisenbahnvorlagen und die Denkschrift über Ausdehnung des Kanalwesens. Dazwischen endlich ohne Anträge und Interpellationen aus dem Hause selbst, sowie an den üblichen Petitionen von allen Seiten her nicht fehlen wird, liegt auf der Hand; die verehrten Herren Abgeordneten brauchen also nicht zu fürchten, daß sie nicht Arbeit genug vorfinden werden.

Über den Stand der Berathungen bezüglich des Entwurfs eines Strafvollzugsgesetzes macht man der „N. Ztg.“ folgende unerfreuliche Mittheilungen: „Schon vor Abschaffung des Entwurfs war geltend gemacht worden, daß die Ausführung des Gesetzes allein für Preußen einen Kostenaufwand von 30 Millionen Thlr. (90 Millionen Mark) erforderlich machen würde. Jetzt hat auch die oarische Regierung festgestellt, daß für Bayern eine Summe von 19 Millionen Mark (also über 6 Millionen Thaler) aufzubringen sein werde u. s. f. Nun ist freilich, und nicht ohne Erfolg, darauf hingewiesen worden, daß dies Geld nicht auf einmal herzugeben sei, sondern von vorn herein für die völlige Durchführung des Gesetzes mit den immensen Neubauten z. ein Zeitraum von etwa 20 Jahren in Aussicht genommen wäre und doch zu bedenken sei, daß jeder Staat alljährlich nicht unerhebliche Aufwendungen auf Renovierung und Neubau von Gefängnissen zu machen und diese Kosten für die Frage in Rede in Anschlag zu bringen habe. Inzwischen wurden aber auch weitere Bedenken erhoben, die den stets heikelsten Punkt der Reichs- und Landeskompromiss betreffen und vielleicht schwieriger zu beschwichtigen sind. Die Reichsregierung stützt sich darauf, daß sie in der Vorlegung des Entwurfs einem Verlangen der Volksvertretung Rechnung trage, welches zuerst im Reichstage des norddeutschen Bundes und seitdem im Reichstage wieder und immer wieder erhoben worden und dessen Durchführung ohne finanzielle Opfer nicht möglich ist. Nach dem heutigen Stande der Dinge ist das Zustandekommen des Entwurfs fraglich.“ Dazwischen nach einer erheblichen Vermehrung der Steuern die Mittel fehlen, um Vorschriften durchzuführen, welche einen gedeihlichen Erfolg der Strafrechtspflege sicher stellen sollen, ist eine unerwartete Überraschung.

Die Hege der „Germania“ gegen den Generalsuperintendenten Dr. Brückner ist überaus erheiternd. Das Blatt will denselben „wegen Beschimpfung der katholischen Religion“ vor Gericht gestellt wissen, weil er in seiner anläßlich der Generalsynode gehaltenen Predigt u. A. gesagt hatte:

„Für die Freiheit des Christenmenschen tritt er (Petrus) ein. Die Zeiten wandeln sich und das knechtische Joch wandelt sich auch. Die Geschichte zeigt, daß nicht allein die Zeiten der scholastischen Verknöcherung, sondern auch die Zeiten der verwässernden Auflösung zum knechtischen Joch für Generationen geworden sind. Auch heut zu Tage haben wir es nicht blos mit dem irrenden Glauben zu thun, der das Joch des Gesetzes uns auflegen will, sondern wir haben es vor Allem mit dem nackten Unglauben zu thun, der auch das sanfte Joch Christi abschütteln will. Es macht im Grunde wenig Unterschied, ob man sich der Unschärfe des römischen Stuhles unterwirft, oder ob man sich zum Sklaven der öffentlichen Meinung erniedrigt, als ob diese unschärfe wäre; ein knechtisches Joch ist das Eine wie das Andere. Es macht auch wenig Unterschied, ob man sich binden läßt durch menschliche Satzungen der Vorzeit oder durch den wechselnden Geist der Neuzeit; ein knechtisches Joch ist das Eine wie das Andere. Es macht im Grunde auch wenig Unterschied, ob man im Beichtstuhl die Gewissen knechtet, oder ob man durch Schlagworte die Gewissen verwirrt; ein knechtisches Joch ist das Eine, wie das Andere. Was es auch sein mag, allem gegenüber, was irgendwie die Freiheit des Christenmenschen auf dem Gebiete der religiösen Überzeugung beeinträchtigen kann, sagen wir: nur sein knechtisches Joch auf der Jünger Hölle! Freilich, das Christenthum hat eine Seite, nach welcher hin es die tieffte, die allertiefste Gebundenheit ist. Das Christenherz ist mit mehr als magnetischen Banden an seinen Heiland gefestet; es kann nicht sein ohne ihn, es kann auch nicht los von ihm. Daraus

entsteht 20 Pf. die hochgespannte Petitzelle oder deren Raum, Reklame verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

gällt denn jene edle Gewissenhaftigkeit, die immer fragt: Was ist des Herrn Wille? Daraus die heilige Scheu, sich nicht dieser Welt gleichzustellen u. s. w.“

Wir denken, man kann sich noch ganz anders, noch viel strenger und abfälliger über die Unfehlbarkeit und das Institut der Ohrenbeichte äußern, ohne darum schlimmere Anfechtungen als die Wuth der „Germania“ gewürtigen zu müssen. Im Übrigen giebt der Zorn dem ultramontanen Blatte allerhand Geplänke ein. So behauptet dasselbe, die Katholiken müßten die Kosten der Generalsynode mit tragen. Diese Kosten aber werden aus einem durch die Beiträge der Provinzialsynoden gebildeten kirchlichen Fonds bestritten. Arg verzweifelt hat sich freilich die „Tribüne“, welche behauptet, die „Germania“ wolle Dr. Brückner vor den kirchlichen Gerichten ziehen, wie wir gestern ihr nachdrucken. Der Staatsgerichtshof für kirchliche Angelegenheiten hat mit Klagen gegen einzelne Geistliche gar nichts zu thun, sondern mit Befreiung gegen Entscheidungen der kirchlichen Bördeln, welche eine Disziplinarstrafe über Kirchendiener (Geistliche, Küster u. dgl.) verhängt haben. Erst wenn von katholischer Seite die Worte des Herrn Generalsuperintendenten auf dem Disziplinarwage anhängig gemacht würden und hier von der protestantisch-kirchlichen Behörde ein Disziplinarerkenntniß erginge, welches Herr Brückner auf Grund des Gesetzes über die kirchliche Disziplinargewalt und die Errichtung des königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten glaubte aus formellen oder materiellen Gründen anfechten zu können — erft dann könnte der kirchliche Gerichtshof überhaupt mit der Angelegenheit sich zu befassen haben. In der That ist in dem fraglichen Artikel der „Germania“ auch gar nicht von dem kirchlichen Gerichtshofe, sondern von den Gerichten im Allgemeinen die Rede gewesen.

Die von manchen Seiten ausgesprochenen Erwartungen auf das Zustandekommen einer Zollunion zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn oder gar eines mittel-europäischen Zollvereins dürften durch die jüngsten Auslassungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ wesentlich herabgestimmt werden. Das offiziöse Blatt bringt an leitender Stelle ein ihr vom Rhein aus fachmännischen Kreisen zugegangenes Schreiben über die Frage der wirtschaftlichen Annäherung von Deutschland, Österreich-Ungarn und Frankreich zum Abdruck und widmet ihm einige Worte der Anerkennung, hebt dann aber selbst mit Nachdruck die der Verwirklichung eines solchen Projektes entgegenstehenden Hemmnisse hervor. In erster Linie erinnert es an die Wahrung der Interessen der Landwirtschaft; überhaupt scheint ihm eine vollständige Zolleinigung unthunlich und selbst die Gewährung gegenseitiger Vorzüglichkeiten in den Zollsägen aus politischen Gründen gegenüber anderen Staaten ausgeschlossen.

Dagegen, fährt er fort, „giebt es andere Momente: als Frachtarif des Eisenbahnen und einheitliche Gestaltung der Tarife, sowie einen gegenseitigen Rechtsschutz, Übereinstimmung der sozialen und gewerblichen Gesetzgebung, besonders aber eine einheitliche Münz- und Bankordnung, welche geeignet sind, die wirtschaftliche Annäherung der drei Gebiete in jedem einzelnen wie im allgemeinen Interesse höchst wünschenswerth erscheinen zu lassen. Der Frachtarif ist manchmal für den Verkehr zweier Nationen viel wichtiger als der Zolltarif, ein vorhandener Rechtsschutz nicht minder, wie auch die Währung und Bankordnung den Verkehr zwischen zwei wirtschaftlichen Gebieten weit mehr wie alles Andere beeinflussen können.“

Die Bedeutung der hier berührten Verhältnisse für den internationalen Verkehr liegt, so äußert sich zum Obigen die „Freihandels-Korresp.“, auf der Hand, aber wie gerade eine neue Regelung dieser Verhältnisse durch vertragsmäßige Abmachungen mit Österreich den Ausgangspunkt für eine neue Entwicklung des wirtschaftlichen Verkehrs zwischen Deutschland und Österreich bilden sollte, ist nicht abzusehen. Die Regelung der internationalen Eisenbahntarife ist bereits durch den gegenwärtig noch bestehenden provisorischen Handelsvertrag erfolgt; über den gegenseitigen Rechtsschutz stehen, wie neuerdings berichtet wurde, besondere Abmachungen in Aussicht, die aber immerhin für eine wirtschaftliche Annäherung nur von sekundärer Wichtigkeit sein können; eine Vereinbarung über die Währungsverhältnisse zwischen Deutschland, welches sein Münzwesen erst kürzlich neu geregelt und bestigt hat, und dem an einer entwerteten, veränderlichen Valuta laborirenden Österreich kann doch kaum in Frage kommen, wenigstens muß jeder Gedanke daran nur den hohen Werth, welchen die Selbstständigkeit im Münzwesen für jeden Staat besitzt, in das rechte Licht stellen. Das deutsch-österreichische Bündnis auf wirtschaftlichem Gebiet müßte also ein sehr beschränktes bleiben, wenn es sich nicht noch auf andere Gebiete erstreckte, als jetzt die „Nordd. Allg. Ztg.“ anführt.

Die „Patrie“ erhielt aus Berlin „von einem ihrer Freunde, der in der Lage ist, gut unterrichtet sein zu können“, eine Mittheilung, der zufolge die Sozialisten in Berlin, Breslau, Leipzig, Hamburg, München und Stuttgart Versammlungen abhielten, um einen Gedanken-austausch über die jetzige Lage in Frankreich zu veranlassen; die Sozialisten in Leipzig, Breslau und München

fanden die Fortschritte des Sozialismus in Frankreich so bemerkenswerth, daß eine Adresse an die französischen Brüder beschlossen wurde, deren Grundgedanken folgendermaßen lauten sollen: Die deutschen Demokraten können leider nur Wünsche für den endlichen Sieg der sozialen Republik in Frankreich aussprechen, hoffen jedoch, daß die französische Demokratie nach ihrem Siege wirksam ihren Brüdern im Auslande zu Hilfe kommen werde, die noch unter dem Joch schwachten, namentlich aber den deutschen Proletarien; sobald die soziale Republik in Frankreich begründet worden, kann sie nur Dauer haben, wenn ganz Europa sich baldigst derselben Segnungen wie Frankreich erfreut. Die Adresse soll zugleich die französischen Sozialisten vor dem bürgerlichen Elemente warnen, das sich in ihre Reihen einschleichen könnte, und sie soll mit einem Hoch auf die vereinigten demokratisch-sozialen Republiken Europas schließen.

Die „Correspondance Havas“ bringt folgende Mittheilung: „Vor einiger Zeit schon richtete die französische Regierung ihr Augenmerk auf die Lage des Geldmarktes wegen der großen Anzahl neuer Geschäftsgesellschaften. Sie hielt es für nützlich, die Bürgschaften zu vermehren, welche das Publikum vom Staate das Recht zu fordern hat, ohne sich auch irgendwie in die Privatangelegenheiten zu mischen. Die Regierung soll erkannt haben, daß diese Bürgschaften in einer Revision des Gesetzes von 1867 betreffs der Finanzgesellschaften zu suchen seien. Der von den Ministern der Finanzen und der Justiz gegenwärtig vorbereitete Entwurf wird wahrscheinlich bei Beginn der Session dem Senat vorgelegt werden. Es wird sich dabei vornehmlich darum handeln, Gründungen mit fiktivem Kapital durch fiktive Beiträge oder durch fiktive Erhöhung der Titel zu verhindern, indem man neue Vorschriften für die Fälle, die das Gesetz von 1867 nicht voraussah u. die in der letzten Zeit durch die Lage des Marktes an den Tag treten, in Vorschlag bringt. Einige dunkle Punkte des Gesetzes von 1878, die zu widersprechenden Urtheilen der Gerichte führten, werden gleichfalls durch den Entwurf näher bestimmt.“

Die Idee einer kommerziellen Vereinigung zwischen den europäischen Staaten wird von verschiedenen französischen Blättern erörtert. Der „Moniteur“ wiederholt, daß vor der Herausgabe Elsaß-Lothringens von irgend einer Allianz Frankreichs mit Deutschland nicht die Rede sein könne. Die „Liberté“ dagegen erklärt, eine kommerzielle Vereinigung würde sich mit dem Patriotismus durchaus vertragen.

Das „Journal des Debats“, eines der bedentendsten republikanischen Organe, tritt neuerdings — ähnlich wie die „Alep. Fr.“ — ebenfalls für die volle Meinung ein. Das betreffende Organ bestätigt die Meldung, daß die Wahl Humberts für ungültig erklärt werden soll. Doch wird nicht die Regierung selbst dies thun, sondern die Sache bleibt dem Seine-Präfekten Herold überlassen. Derselbe wird die Bestimmung des Artikels 5 des Gesetzes vom 7. Juli 1874 geltend machen, derzu folge man sechs Monate in einer Gemeinde domiciliirt haben muß, um wählbar zu sein. „Der Präfekt“, sagt das „Journal des Debats“, „will mit diesem Schritte nur seine Pflicht erfüllen, hat aber keineswegs die Absicht oder den Glauben, eine definitive Wahl des Communards, der binnen einigen Monaten nichts mehr im Wege stehen würde, zu hinterziehen.“ Diese letztere Erklärung ist charakteristisch für die Stellung des Seine-Präfekten, der bekanntlich ein Schützling und Freund Gambetta's ist.

Die belgischen Bischöfe haben bekanntlich jeden exkommuniziert, der sich dem neuen Schulgesetz ihres Landes anschloß, und der Erfolg war, daß 87 pCt. der Lehrer und Lehrerinnen sich nicht um die Erfommunitation kümmerten. Das hat dem Vatikan zu denken gegeben und der heilige Vater hat den bisherigen Nuntius Vanutelli gebeten, vorläufig auf seinen Posten zu bleiben und möglichst nachgiebig aufzutreten. Man fürchtet, daß sonst die belgische Gesandtschaft beim heiligen Stuhl aufgehen werden könnte.

Die Sonntagsfrage vor der Generalsynode.

Die Sonntagsfrage gehört unzweifelhaft zu einer der wichtigsten, welche unsere Zeit bewegen. Sie hat nicht blos für das kirchliche, sondern auch für das soziale Leben die weitreichendste Bedeutung, und als ein großer Fortschritt in der Behandlung dieser Frage ist es, wie die „Magdeb. Ztg.“ mit Recht hervorhebt, zu bezeichnen, daß die Sonntagsruhe nicht mehr in erster Linie als eine gottesdienstliche Pflicht, sondern vor Allem als ein heiliges, unveräußerliches Recht der Christenheit, ja als eine Forderung der Humanität aufgefaßt wird. Der Staat und die bürgerliche Gesellschaft haben nicht minder wie die kirchliche Gemeinschaft das lebhafte Interesse daran, daß dem Sonntag sein Recht gewahrt werde und daß in Sonderheit Alles, was die öffentliche Ruhe derselben stört, von ihm fern gehalten werde. Wir freuen uns, anerkennen zu dürfen, daß diese Gesichtspunkte auch bei den Verhandlungen der Generalsynode über diesen Gegenstand in den Vordergrund gestellt worden sind.

Um so mehr ist es zu bedauern, daß die Generalsynode der Verfassung nicht widerstanden hat, neben dem Antrag des Referenten auch den gegen die Fortbildungsschule gerichteten anzunehmen, bei deren Abhaltung am Sonntage von einer öffentlichen Störung der Sonntagsruhe nicht die Rede sein kann. Auch wir halten eine Verlegung derselben auf die Wochentage da, wo die Verhältnisse es irgend gestatten, für wünschenswert, aber wo dies nicht der Fall ist — und das wird fast durchweg von den eigentlichen Fabrikdistrikten gelten — da sollte man der Abhaltung der Fortbildungsschulen am Sonntag Vormittag keine Hindernisse in den Weg legen. Eine zwangswise Aufhebung des Fortbildungsunterrichts am Sonntag Vormittag wird schwerlich dem regeren Besuch des Gottesdienstes zu gute kommen, sondern weit eher dem um so zahlreicherem Wirthshausbesuch seitens der betreffenden jungen Leute

Vorschub leisten. Neue Zeiten fordern auch von der Kirche neue Wege und Mittel zur Erhaltung des kirchlichen Lebens. Richtet man lieber da, wo die Verhältnisse keine andere Zeit als den Sonntag Vormittag für die Fortbildungsschule übrig lassen, den Gottessdiest so ein, daß den zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichteten jungen Leuten die Theilnahme an demselben möglich wird, z. B. durch Einrichtung eines auf diese besonders berechneten Frühgottesdienstes.

Noch bedenklicher erscheinen uns die in der Diskussion gefallenen Auseinandersetzungen über Gewerbe- und Kunstausstellung. Die wohlhabenden Klassen haben freilich meistens Zeit, solche Ausstellungen auch an Wochentagen zu besuchen, und sie werden es von selbst lieber thun, als gerade am Sonntage. Wenn man aber den arbeitenden Klassen, ja auch dem Handwerkerstande und den meisten Mitgliedern des Kaufmannsstandes die in solchen Ausstellungen ihnen gebotene Gelegenheit zur Erweiterung ihrer Bildung und ihrer Kenntnisse nicht völlig abschneiden will, so darf man ihnen am Sonntage, dem einzigen Tage, der ihnen die nötige Zeit hierfür läßt, den Zutritt zu denselben nicht erschweren. Es wäre nicht blos eine Härte gegen diese Klassen der Bevölkerung, sondern auch eine beschrankte Gesetzgebung, die mit dem Wesen des deutschen Sonntags im Widerspruch steht, wenn man der Benutzung des Sonntags zum Besuch solcher Ausstellungen Schwierigkeiten bereiten wollte.

Etwas ganz Anderes ist es mit dem ebenfalls zur Sprache gebrachten Wettrennen. Die an dem Sport beteiligten Kreise der Gesellschaft haben dafür auch an Wochentagen ausreichende Zeit.

Dagegen schießen unseres Erachtens die auf Beschränkung des Eisenbahndienstes gerichteten Anträge über das Ziel hinaus, namentlich soweit es sich dabei um die Extra-Bergungszüge an den Sonntagen handelt. Hunderte von Familien aus den größeren Städten, die doch auch einmal ins Freie hinaus eilen, die auch einmal „der Straßen quetschende Enge“ hinter sich lassen wollen, können das wiederum nur am Sonntag bewirken, und es ist ein unevangelisches Pharisaerthum, ihnen das verargen zu wollen, zumal ja doch die Einzelnen im Laufe eines Sommers wohl selten mehr als einmal an solchen Ausflügen betheiligt sind. Worauf man hinzuwirken und wofür man mit allen Kräften einzutreten hat, das ist nicht die Abstellung der Bergungszüge am Sonntag, sondern die Vermehrung des Dienstpersonals der Eisenbahnen, damit diesem durch eine richtig geregelte Ablösung wenigstens alle vierzehn Tage ein freier Sonntag gewährt werde. Wir werden uns herzlich freuen, wenn in dieser Beziehung der Appell der Generalsynode an das Gewissen des Staates und seiner Behörden von Erfolg ist, wie wir ebenso in Betreff der Güterzüge, soweit es der Verkehr gestattet, im Interesse des Eisenbahnpersonals eine Verminderung am Sonntag für wünschenswert halten würden.

Sehr beachtenswerth war endlich, wie die „Magdeb. Ztg.“ hervorhebt, die Hinweisung des Referenten Baur auf so manche seitens der Militärbehörden stattfindende Störung der Sonntagsruhe. Wir rechnen dahin nicht blos die Kontrollversammlungen, die doch am Ende nur in längeren Fristen einmal vorkommen, sondern vielmehr so manchen sogenannten kleinen Dienst, zu dem bei der stehenden Truppe der Sonntag verwendet wird. Es gibt noch immer so manchen Kompaniechef, der den Sonntag nicht richtig verwendet zu haben vermeint, wenn er nicht irgend eine Stiefel- oder Kleidermußierung an demselben vorgenommen oder die Mannschaften der Kompanie sonst in stundenlangem Appell in Anspruch genommen hat; und wenn sie der Kompaniechef damit verschont, so sieht sich vielleicht der Feldwebel veranlaßt, für eine derartige Sonntagsunterhaltung Sorge u. tragen. In allen diesen Hinsichten bringen wir dem Potum der Synode unsere vollste Sympathie entgegen. Aber nur keine gesetzlich erzwungene Sonntagsfeier nach englischem Muster, nur keine Erschwerung auch solcher Sonntagserholung, die, weit entfernt eine Entheiligung der Sonn- und Feiertage zu sein, vielmehr zur sittlichen und geistigen Heilung und Förderung ganzer Volksklassen wesentlich beurägt!

Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 17. Oktober.

— Ueber die Ankunft des Kronprinzen in Pegli entnehmen wir einer Korrespondenz der „Opinion“, daß Se. Kaiserlichkeit mit der Kronprinzessin und dem Prinzen Wilhelm und einem kleinen Gefolge am 12. Nachmittags 3 Uhr 47 Minuten dort eingetroffen ist. Da der Kronprinz als Graf von Lingen reist und den dringenden Wunsch ausgesprochen hat, das Infognito strengstens zu bewahren, so fand weder ein offizieller noch offiziöser Empfang statt. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung am Bahnhofe waren nur einige Polizeimannschaften und Karabinieri anwesend. Der Bahnhof war aber den fürstlichen Gästen zu Ehren geschmückt und der Bürgermeister von Pegli, Marchese Durazzo, Eigentümer der berühmten Villa Pallavicini, glaubte dieselben mit einer Ansprache begrüßen zu müssen, doch ehe er dazu kam, hatte der Kronprinz seiner Gemahlin den Arm gegeben und sich an den den Sindaco mit den Worten gewandt: „Vous saurez, monsieur le maire, que je ne suis ici que le comte de Lingen“ (Sie werden wissen, Herr Maire, daß ich hier nur der Graf von Lingen bin). Dadurch wurde die beabsichtigte Sympathie- und Ergebenheits-demonstration vereitelt. Der Kronprinz wechselte mit einzelnen Anwohnern einige freundliche Worte und grüßte die kleine Gruppe Neugieriger, welche aus dem Perron zugelaufen war, in leutseliger Weise. Der Weg von dem Stationsgebäude stand die Menge dicht gedrängt in musterhafter Ordnung und begnügte sich, den Prinzen und die Prinzessin mit stummen Grüßen und Zeichen der Sympathie zu bewillkommen. Der Weg von dem Eisenbahnhof nach dem Garten des Grand Hotel de la Méditerranée, wo die fürstlichen Gäste Quartier genommen haben, ist nur kurz. An der Gartenseite erwarteten die Prinzessinen Vittoria, Sophie und Margaretha, welche vier Tage früher in Pegli eingetroffen waren, die Ankunft der Eltern, welche ihre Kinder zärtlich umarmten. Für die kronprinliche Familie und Gefolge sind 40 Zimmer im Hotel gemietet worden. Der Korrespondent der „Opinion“ fand sein Erstaunen nicht unterdrücken über die Einfachheit der Ausstattung des kronprinlichen Schlafgemachs und derjenigen, in welchen die Prinzessinen schlafen. Aber noch größer war sein Erstaunen und das der guten Einwohner von Pegli, als die kronprinliche Familie mit Ausnahme des

Prinzen Wilhelm, nur von einem Diener gefolgt in Reisekleidern zu Fuß, incroyable dicta, wie der Korrespondent ausruft, die Straße entlang gingen und, gerade als ob sie keine Fürsten wären, ganz familiär die Grüße der erstaunten Passanten erwiederten und die Rührung soweit trieben, einige Hörer und Arbeiter anzureden. Les dieux s'en vont; die Götter verschwinden — schließt der Korrespondent, dem als Italiener die Idee des Spazierengehens überhaupt, aber namentlich bei Fürsten unbegreiflich ist.

— Die „B. Z.“ berichtet, der Vorstand der jüdischen Gemeinde in Berlin habe beschlossen, gegen Herrn Stöckers Angriffe wider das Judenthum nicht gerichtliche Hilfe zu suchen, weil man der Ansicht war, daß die Staatsanwaltschaft aus eigener Initiative sich dieses Gegenstandes bemächtigen würde, falls in dem Auftreten des Herrn Hofpredigers Verstöße gegen das Strafgesetzbuch gefunden werden könnten. Dagegen soll die Repräsentanten-Versammlung sich dahin schlüssig gemacht haben, durch den Mund eines hochangesehenen, auch der städtischen Verwaltung angehörigen Vorstandsmitgliedes in persönlicher Audienz dem Kaiser die Sachlage vorzustellen und von dieser Stelle die Inhibition dieser den Frieden der Bevölkerungsklassen gefährdenden Agitationen, die sich am wenigsten für einen Hofprediger geziemten, zu erbitten.

— Die „B. Z.“ schreibt: „Die Vorsteher von Vereinen, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, sind nach § 2 der Verordnung vom 11. März 1850 verpflichtet, Statuten des Vereins und das Verzeichniß der Mitglieder binnen 3 Tagen nach Stiftung des Vereins, und jede Änderung der Statuten oder der Vereinsmitglieder binnen 3 Tagen, nachdem sie eingetreten ist, der Ortspolizeibehörde zur Kenntnisnahme einzureichen, derselben auch auf Erfordern jede darauf bezügliche Auskunft zu ertheilen. Die Ortspolizeibehörde hat über die erfolgte Einrichtung der Statuten und der Verzeichniß, oder der Abänderungen derselben sofort eine Bescheinigung zu ertheilen. Der Königlichen Polizei in Berlin sind somit die Vorsteher, Ordner, Leiter und auch die Mitglieder der sogenannten „Antisemiten-Liga“ wohl bekannt, und da sich die angezogene Verordnung als eine solche schon durch ihren Titel einführt, welche die gesetzliche Freiheit und Ordnung des Vereinsrechtes gegen „Mißbrauch“ schützt, einen etwaigen Missbrauch „verhüten“ will — so ist anzunehmen, daß die Aufsichtsbehörden die Statuten der neuen Liga einer ernstlichen Prüfung unterziehen werden. Es kommt hier auch der § 1 Alinea 2 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 in Betracht, wonach Vereine zu verbieten sind, in denen auf „den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere „die Eintracht der Bevölkerungsklassen“ gefährdenden Weise zu Tage treten“. Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art.“

— Der Kuriosität halber theilen wir aus der „Morgenpost“ ausgabe des „B. B.-C.“ und auf deren allerdings nicht felsenfeste Autorität hin Folgendes mit: „Wir sind in der glücklichen Lage, im Besitz der Statuten der Antisemiten-Liga zu sein. Dieselben sind gedruckt in der Buchdruckerei der „Deutschen Landeszeitung“. Wir geben einen Auszug aus diesen Statuten wieder, ohne ein Wort hinzuzufügen. Die „Statuten der Antisemiten-Liga“ lauten im Wesentlichen wie folgt: I. Zweck des Vereins. § 1. Der unter dem Namen der „Antisemiten-Liga“ gegründete Verein von nichtjüdischen Männern hat den Zweck, die nichtjüdischen Deutschen aller Konfessionen, aller Parteien, aller Lebensstellungen zu einem gemeinsamen, innigen Verbande zu bringen, der mit Sinti- und anderen Sonderinteressen, aller politischen Differenzen, mit aller Energie, mit allem Ernst und Fleiß dem einen Ziele zustrebt, unter deutsches Vaterland vor der vollständigen Verjugung zu retten und den Nachkommen der Urbewohner den Aufenthalt in demselben erträglich zu machen. § 2. Er erstrebt dieses Ziel auf streng gesetzlichem Wege dadurch, daß er sich der weiteren Verdrängung des Germanenthums durch das Judenthum mit allen erlaubten Mitteln widersetzt, daß er sich die Zurückdrängung der Semiten in die ihrer numerischen Stärke entsprechende Stellung zur Aufgabe macht, daß er das Germanenthum von dem auf ihm lastenden Druck des jüdischen Einflusses in sozialer, politischer und kirchlicher Richtung befreit und den Kindern der Germanen ihr volles Recht zu Aemtern und Würden im deutschen Vaterlande sichert. § 3. Zur Erreichung dieses Ziels bedient er sich unter Anderem der folgenden Mittel: a) Begünstigung nichtjüdischer Konkurrenten auf allen Gebieten und in allen Lebensstellungen. b) Dargestellte und private Anregungen zur Beseitigung des jüdischen Übergewichts in den kommunalen und Staatsverwaltung, in der Gesetzgebung und in der Gesellschaft, durch Belehrung, durch Unterstützung stärkerer junger Kräfte, durch Erziehung und Stipendien, durch Befreiung unglücklicher Opfer aus Wucherhänden etc. c) Bekämpfung der jüdischen Presse durch Unterstützung und Gründung nichtjüdischer Journale, und endlich d) Bildung exklusiver Zirkel, Klubhäuser und dergl., zu welchen Juden der Zutritt nicht gestattet ist. § 4. Das Symbol des Vereins, den Glauben mit dem Vaterlande vereinend, ist das auf einem Eichenblatt ruhende Kreuz. Schon dieser Umstand beweist, daß der Verein in keiner Weise aggressiv vorgeht. Jede Gewaltthat, jede Hetze ist ihm fremd. Politisch ist in allen Versammlungen des Vereins ausgeschlossen. II. Mitgliedschaft, Verwaltung und Sitz des Vereins. § 5. Die Mitglieder zerfallen in Berufene und Auserwählte. § 6. Berufener kann jeder anständige, nichtjüdische Mann von 24 Jahren werden, der des Schreibens und Lesens fundig ist und Garantien dafür bietet, daß er dem Verein die Ziele wegen und nicht aus eitel Neugier oder aus unlauteren Absichten beitritt. Ausnahmsweise können auch Männer unter 24 Jahren aufgenommen werden. § 7. Der Aufnehmende hat sich beim Bureau des Vereins schriftlich zu melden, seine mit eigener Namensunterchrift versehene Photographie einzurichten und muß sich auf zwei Berufene oder einen Auserwählten beziehen können. Politisch ist in allen Versammlungen des Vereins ausgeschlossen. II. Mitgliedschaft, Verwaltung und Sitz des Vereins. § 5. Die Mitglieder zerfallen in Berufene und Auserwählte. § 6. Berufener kann jeder anständige, nichtjüdische Mann von 24 Jahren werden, der des Schreibens und Lesens fundig ist und Garantien dafür bietet, daß er dem Verein die Ziele wegen und nicht aus eitel Neugier oder aus unlauteren Absichten beitritt. Ausnahmsweise können auch Männer unter 24 Jahren aufgenommen werden. § 7. Der Aufnehmende hat sich beim Bureau des Vereins schriftlich zu melden, seine mit eigener Namensunterchrift versehene Photographie einzurichten und muß sich auf zwei Berufene oder einen Auserwählten beziehen können. Bei zusagendem Becheid wird ihm die mit dem Vereinstempel versehene Photographie zurückgesandt und das Symbol des Vereins übergeben. Beides dient ihm bei Versammlungen oder dem Einzelnen gegenüber als Legitimation. § 12. Nur den Auserwählten, nicht aber den Berufenen ist die Mitwirkung in der Verwaltung des Vereins gestattet. § 13. Jedes berufene Mitglied, das wenigstens sechs Monate dem Verein angehört, und si. um den Verein wohl verdient gemacht hat, wird auf eigenen Antrag in die Zahl der Auserwählten aufgenommen. Auf Antrag von wenigstens 3 Auserwählten, und unter Bürgschaft derselben, können Berufene, und namentlich Ehrenmitglieder, auch Auserwählte werden, ohne die vorerwähnte Probezeit bestehen zu

müssen, wenn deren Interesse für den Verein über allen Zweifel erhaben ist.

§ 17. Der Sitz des Vereins ist Berlin.

§ 18. Als Organe des Vereins werden alle Zeitungen mit antisemitischen Tendenzen benutzt; die Auswahl derselben liegt der Verwaltung ob."

London, 14. Oktober. Wie heute aus Allahabad gemeldet wird, ergab sich bei einem Besuch, den General Roberts und sein Stab dem Balal Hissar zu Kabul abstatteten, daß ein Theil der Gesandtschaftsgebäude, nämlich derjenige, von dem aus Cavagnari und seine Schicksalsgefährten am 3. September stundenlang ein wohlgezielter Feuer auf ihre Angreifer abgegeben hatten, bis auf die Außenwände abgebrannt war. Die Leichen Major Cavagnari's und Dr. Kelly's befinden sich angeblich unter den Brandresten verschüttet und sollen ausgegraben werden. Ein Notizbuch des Erstern wurde im Palast des Emirs gefunden. Mit Ausnahme des erwähnten abgebrannten Theiles der Gesandtschaftsgebäude sind letztere unversehrt, aber völlig ausgeplündert. Was die Verfolgung der in der Richtung von Ghuzni entwichenen Aufrührer anlangt, so war der Vorsprung der letzteren zu groß, als daß größere Abtheilungen hätten eingeholt werden können. Auch ist es wahrscheinlich, daß sie sich in viele kleine Parteien aufgelöst hatten. Eine solche in der Stärke von 17 Mann wurde bei der sich bis auf eine Entfernung von 20—30 km von Kabul erstreckenden Verfolgung eingeholt und niedergemacht. Ob nun mehr, außer der in etwa zehn Tagen zu erwartenden Herstellung der Verbindung mit der inzwischen bis Zellalabad vorgerückten Khyberpass-Kolonne, vor Eintritt des Winters noch weitere militärische Operationen, etwa durch Entsendung fliegender Kolonnen nach verschiedenen Richtungen hin, vorgenommen werden sollen, darüber verlautet noch nichts. Sehr wahrscheinlich aber ist, daß so bald als irgend thunlich ein Vorrücken gegen Ghuzni stattfinden wird, und zwar sowohl von Kabul als von Khelet-i-Ghilzai aus. Denn nicht nur wird diese Beste der versprengten aufrührerischen Besatzung Kabuls allem Anschein nach als Sammelpunkt dienen, sondern sie selber zählt noch eine solche Anzahl von Truppen, daß sie davon drei Regimenter erübrigen könnte, um sie den Aufrührern zu Hilfe zu senden. In Bezug auf die politische Regelung, welche mit dem Lande vorgenommen werden soll, fehlt es noch immer an bestimmten Anzeichen. Nur scheint der Plan, Kabul der Eigenschaft als Hauptstadt Afghanistans zu entkleiden und an seiner Stelle etwa Kandahar zum Sitz der Regierung zu erheben, an Gestalt zu gewinnen. Dies würde indeß nicht etwa bloß als eine Strafe für die Bevölkerung Kabuls, sondern mehr noch in dem Sinne geschehen, daß die neue Hauptstadt für die Engländer jederzeit leicht erreichbar wäre. Vielleicht verbindet sich damit eine Besetzung von Kandahar selber so wie von Khelet-i-Ghilzai, Ghuzni, Kabul und Zellalabad, entweder bloß auf einen noch näher zu bemessenden Zeitraum, und den Afghenan die nötige Achtung vor den Engländern beizubringen, oder eine dauernde Belegung dieser festen Plätze.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 18. Oktober.

Ein Theil unserer berliner Post ist heute ausgeschrieben.

[Anleihe des Kreises Wreschen.] Der „Reichsanzeiger“ publiziert ein allerhöchstes Privilegium wegen eventueller Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Anleihecheine des Kreises Wreschen bis zum Betrage von 400,000 Mark Reichswährung. Die Verzinsung soll mit 4½ Prozent geschehen.

T. Aspirantinen-Prüfung. Zu der am 13. und 14. d. Mts. unter Vorw. des Provinzial-Schulrats Luke hier abgehaltenen Prüfung zur Aufnahme in das Seminar für Erzieherinnen und Lehrerinnen an höheren Mädchenschulen hatten sich 23 Aspirantinen gemeldet. Von diesen bestanden 9 die Prüfung nicht; eine Aspirantin wurde nur probeweise aufgenommen.

S. Buf. 15. Oktbr. [Viehzählung. Trichinen. Jahrmarkt.] Die unterm 7. d. M. in hiesiger Stadt erfolgte Aufnahme des Pferde- und Kindviehbestandes weist im Ganzen 91 Pferde und 210 Stück Kindvieh nach. Am vergangenen Sonnabend, den 11. d. Mts., wurden bei einem Fleischer hier selbst von einem der hiesigen Fleischbeschauer in einem Schweine Trichinen vorgefunden. Das betr. Schwein wurde daher in Beschlag genommen und nach Vorschrift unter polizeilicher Aufsicht vernichtet. — Am gestrigen Tage wurde hierorts der letzte von den hier stattfindenden jährlichen 4 Jahrmärkten abgehalten. Der Besuch derselben war für die verschiedenen Handelsleute, namentlich auch für Pferde- und Kindviehbesitzer bis gegen Mittag ein ziemlich lohnender, da sich eine Menge Käufer eingefunden hatten. Am Nachmittage wurden unsere Räuber sowie Verkäufer jedoch von einem starken und anhaltenden Regenguss überrascht, weshalb sie sich genötigt haben, den Marktverkehr gänzlich einzustellen, und die Rückfahrt nach ihren bezüglichen Wohnorten vorzuziehen.

T. Paradies, 16. Oktober. [Lehrerprüfung.] Bei der im hiesigen Seminar vom 6. bis 12. d. Mts. abgehaltenen Prüfung von 36 Lehrern, von denen einer den Provinz Brandenburg und einer der Provinz Sachsen angehörte, wurden 21 für geeignet zur definitiven Anstellung im Lehramt befunden. Als Kommissare der Provinzial-Schulbehörde fungirten die Herren Regierungs- und Schulräthe Luke und Dittmar. Anwesend bei der Prüfung war am 8. d. Mts. der königl. Kreisschulinspektor Herr Tecklenburg.

Staats- und Volkswirthschaft.

Bromberg, 17. Oktober. [Schiffsvorkehr auf dem Bromberger Kanal vom 16. bis 17. Oktbr. Mittags 12 Uhr.] Schiffer Ferdinand Schröder, I. 16610, lief. Bretter, von Bromberg nach Berlin. August Hemmerling, I. 15309, Güter, von Magdeburg nach Danzig. Julius Schwarz, I. 4096, Thon, von Halle nach Warschau. Franz Menzel, III. 1622, Güter, von Glienicke nach Bromberg. Gust Götz, IX. 3708, Schießpulver, von Spandau nach Danzig. Ernst Behr, XIII. 2300, Weizenmehl, von Bromberg nach Berlin. Heinrich Machull, I. 11365, Eisenblech, von Küstrin nach Danzig. Friedrich Eiseleben, VIII. 1099, Maschinenteile, von Tegel nach Danzig. Ferdinand Bruhn, VIII. 1179, Roggen, von Plock nach Berlin. Friedr. Liebich, VI. 589, Roggen, von Plock nach Berlin.

Krefeld, 17. Oktober. Bei dem heute abgehaltenen Termin zum Verkauf der Krefeld-Kreis-Kempener Industriebahn erfolgte der „Krefelder Zeitung“ zufolge kein Gebot. Der Tarifwert dieser Bahn beträgt 972,956 M. 30 Pf.

Vermissenes.

* Im „Verner Intelligenzblatt“ wird auf eine eigenthümliche Naturerscheinung aufmerksam gemacht, welche gegenwärtig an hellen Abenden an der „Dungrfrau“ bemerkbar ist. Ungefähr nach 4 Uhr Abends, wenn die Sonne zurücktritt, bildet sich auf ihrer Nordseite ein Wappenschild, in welchem nach und nach ein fast vollständiges eidgenössisches Kreuz entsteht. Natürlich macht diese Erscheinung, hauptsächlich ihres nationalen patriotischen Charakters wegen, unter der dortigen Bevölkerung viel von sich reden.

* **Fünflinge.** Der seltene Fall, daß Fünflinge geboren werden und am Leben bleiben, hat sich nach einer Mittheilung Berliner Blätter in Wolmarstein ereignet. Die Frau eines Fabrikbesitzer brachte nämlich Fünflinge zur Welt, welche sämtlich leben, gesund sind und bereits die Taufe empfangen haben. Auch die Mutter befindet sich den Umständen nach wohl.

* **Aus Griechenland** ist bei dem „R.-A.“ die telegraphische Mittheilung eingegangen, daß der Wiederbeginn der Ausgrabungs-Arbeiten auf dem Boden des alten Olympia am 14. d. M. stattgefunden hat.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 17. Oktober. (Ausführliche Wiedergabe.) Am 16. d. trat der Bundesrat unter dem Vorsitz des Staatsministers Hofmann zu einer Plenarsitzung zusammen. In der Zusammensetzung des Bundesrats sind, wie der Vorsitzende zuvörderst zur Kenntnis brachte, Änderungen insofern eingetreten, als der königlich preußische Staats- und Finanzminister Bitter und der kaiserliche Unterstaatssekretär im Reichschaikamt, Scholz, an Stelle des aus dem Ame geschiedenen Staatsministers Hobrecht und des Oberpräsidenten, Wirls. Geh. Rath v. Möller zu preußischen Bevollmächtigten ernannt worden sind. Ferner ist der Direktor im Reichschaikamt, Burchard, zum stellvertretenden preußischen Bevollmächtigten ernannt worden und der königliche württembergische Obersteuerrath v. Moser aus dem Bundesrat ausgeschieden. Auf die Mittheilung über die erfolgte gerichtliche Bestrafung einer Bekleidigung des Bundesrats durch die Presse wurde beschlossen, von der im Strafkenntnis zugesprochenen Publikationsbefugnis Gebrauch zu machen. Vorlagen betreffend a) die Ausführung des Gesetzes vom 20. Juli d. J. über die Statistik des Waarenverkehrs des deutschen Zollgebiets, b) Zollbefreiung der auf Privattransitlagern verdorbenen Heringe, c) die zollamtliche Behandlung des in Flößen eingehenden Bau- und Rukholzes, d) die Zulassung von Privattransitlagern für Holz, ein Antrag Schwarzbürg-Sondershausen betr. die Erfüllung der Aufwendungen für Kasernelementsbauten, Anträge Bremens betreffend a) die Zollbehandlung des seewärts über deutsches Zollauschlußgebiet eingehenden Salzes, b) die Zollbehandlung der Cigarrenfestbretter und endlich ein Antrag, betreffend die Herbeiführung einer Vereinbarung über die wechselseitige Mittheilung der Strafkenntnisse wurde den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Sodann wurden mündliche Berichte erstattet über Besuche um Rückvergütung der Steuern für ausgeführten Spiritus, um Erlös von Nachsteuer, sowie über 2 Rekursgefaue von Beamten der Postverwaltung gegen ihre Pensionierung. Es wurde, den Ausschüssen entsprechend, beschlossen den erwähnten Petitionen nicht statt zu geben. Es folgten Mittheilungen über eingegangene, den betreffenden Ausschüssen zugetheilte Eingaben, und die Vorlegung weiterer Eingaben, welche ebenfalls den Ausschüssen zugehen sollen. Schließlich nahm die Versammlung noch eine Anzeige des Zollausschusses entgegen, nach welcher der Anschluß der nach dem Beschuß vom 16. Juni c. dem Zollgebiete anzuschließenden bremischen Gebietstheile erfolgt, die Nachsteuer erhoben und der freie Verkehr eröffnet ist.

Berlin, 17. Oktober. S. M. Kanonenboot „Wvane“, 4 Geschütze, Kommandant Kapt.-Lt. v. Glodien, ist am 11. d. M. in Plymouth eingetroffen und beabsichtigt am 15. d. M. via Madera nach Montevideo in See zu gehen.

Baden-Baden, 17. Oktober. Dem gestern beim Kaiser stattgefundenen Diner wohnten die Generalität von Straßburg, Karlsruhe und Rastatt bei. Ihre Majestäten und die badischen Herrschaften sind heute einer Einladung zum Diner beim Grafen Chreptowitsch auf Schloß Seelach gefolgt.

Brüssel, 17. Oktober. In Châtelaineau fand eine Versammlung strikter Arbeiter statt, in welcher ein Mitglied der Internationale in Brüssel eine Rede hielt. Die anwesenden Gendarmen: ahmen, wie es heißt, in Folge eines Misverständnisses, Veranlassung zum Einschreiten und machten von der Schußwaffe Gebrauch, wobei mehrere Arbeiter verwundet wurden. Die Ruhe wurde alsbald wieder völlig hergestellt.

Wien, 17. Oktober. Die „Polit. Korresp.“ läßt sich aus Cettinje von heute melden: Der Fürst von Montenegro ist mit dem Präsidenten des Senats, Petrovic, und dem Minister Urbica gestern nach Andrejevika abgereist, um die Positionen bei Blava und Gusinje zu besichtigen.

Bukarest, 17. Oktober. Von den 9 Millionen Franks, welche die Regierung der rumänischen Eisenbahngesellschaft schuldet, wurden 2 Millionen Ende September und 7 Millionen jetzt gezahlt, so daß die gesamte Rechnung nunmehr beglichen ist.

Tiflis, 16. Oktober. Die Legung des Telegraphenkabels von Baku (Westseite des Kaspiischen Meeres) nach Krasnowodsk (Ostseite des Kaspiischen Meeres) ist nunmehr vollendet, das Funktionieren des Telegraphen ist ein durchaus zufriedenstellendes.

Newyork, 17. Oktober. Der hamburgsche Postdampfer „Suevia“ ist hier eingetroffen.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Börsenberichte.

Röds-Course.

Frankfurt a. M., 17. Oktbr. (Schluß-Course.) Fest. Lond. Wechsel 20,35. Partner do. 80,45. Wiener do. 172,60. R.-M.-St.-A. 141,2. Rheinische do. 1,64. Hess. Ludwigsb. 79,2. R.-M.-Pr.-Anth. 132,2. Reichsanl. 97,2. Reichsbank 153. Darmst. 133,2. Meining. B. 81. Ost.-ung. Bl. 721,00. Kreditaktien*) 229,2. Silberrente 60,2.

Papierrente 59. Goldrente 70,2. Ung. Goldrente 82,4. 1860er Loope 122,1. 1864er Loope 29,50. Ung. Staatsl. 183,50. do. Ostb.-Ob. II. 73,2. Böh. Westbahn 163,2. Elisabethb. 149,2. Nordwestb. 112,2. Galizier 207,2. Franzosen*) 229,2. Lombarden*) 68,2. Italiener —. 1877er Italien 89,2. II. Orientali. 61,2. Zentr.-Pacific 108,2. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 228,2. Franzosen 229,2. Galizier 207,2. Ungar. Goldrente 82,4.

*) per medio resp. per ultimo

Frankfurt a. M., 17. Oktober. Effeten-Sozietät. Kreditaktien 227,2. Franzosen 227,2. Lombarden —. 1860er Loope 122,2. Deut. Goldrente 70,2. Ungarische Goldrente 82,2. II. Orientanleihe 62,2.

Wien, 17. Oktober. (Schluß-Course.) Geschäftlos. Course mäßig schwankend, schließlich ziemlich fest.

Papierrente 68,40. Silberrente 69,60. Deut. Goldrente 81,45. Ungarische Goldrente 95,55. 1854r Loope 121,20. 1860r Loope 127,00. 1864r Loope 157,75. Kreditloope 168,50. Ungar. Prämien 105,00. Kreditaktien 265,30. Franzosen 265,50. Lombarden 80,50. Galizier 240,50. Kasch.-Ober. 113,70. Pardubitzer 101,00. Nordwestbahn 130,50. Elisabethbahn 173,00. Nordbahn 229,00. Deut. Goldrente 83,50. Bank 83,50. Türk. Loope 20,50. Unionbank 93,70. Österreich-Utr. 135,90. Wiener Bankverein 137,80. Ungar. Kredit 254,75. Deutsche Plätze 57,15. Londoner Wechsel 117,40. Pariser do. 46,30. Amsterdamer do. 96,50. Napoleon 9,32. Dukaten 5,58. Silber 100,00. Marknoten 57,80. Russische Banknoten 1,25.

Wien, 17. Oktober. Abendbörs. Kreditaktien 264,50. Franzosen 264,25. Galizier 240,25. Anglo-Austr. 135,30. Lombarden 80,25. Papierrente 68,20. Österreichische Goldrente 81,35. Ungar. Goldrente 95,32,2. Marknoten 57,75. Napoleon 9,31,2. Matt.

Florenz, 17. Oktober. 5 p.C. Italienische Rente 91,30. Gold 22,84.

Paris, 17. Oktober. Markt sehr verstimmt, Renten angeboten.

3 pro. amortiirirb. Rente 84,50. 3 pro. Rente 82,60. Anleihe de 1872 117,20. Italien. 5 pro. Rente 79,10. Deut. Goldrente 70,2. Ungar. Goldrente 83,2. Russen de 1877 92,2. Franzosen 57,20. Lombardische Eisenbahn-Aktien 180,00. Lombardische Prioritäten 262,00. Türken de 1865 11,62,2.

Credit mobilier 66,5. Spanier exter. 15, do. inter. 14,2. Suezkanal-Aktien 72,1. Banque ottomane 51,6. Societe generale 54,0. Credit tonier 104,5. Egypt 24,1. Banque de Paris 83,0. Ill. Orientanleihe 62,2. Türkensloge 45,00. Londoner Wechsel 25,29.

Paris, 16. Oktober. Boulevard-Berfehr. Anleihe von 1872 118,27,2. Italiener 79,82,2. ungar. Goldrente 83,92,2. Ill. Orientanleihe 63,2. Egypt 241,87,2. Felt.

London, 17. Oktober. Consols 97,2. Italien. 5 pro. Rente 78,2. Lombarden 7,2. 3 pro. Lombarden, alte 10,2. 3 pro. do. neue 10,2. 5 pro. Russen de 1871 87,2. 5 pro. Russen de 1872 86,2. 5 pro. Russen de 1873 89,2. 5 pro. Türk. 111,2. 5 pro. fundierte Amerikaner 105,2. Deut. Silberrente —. Papierrente —. Ungar. Goldrente 82,2. Deut. Goldrente —. Spanier 15,2. Egypt 47,2.

Silber —. Platzdistont 1,2 p.C.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,61. Wien 11,92. Paris 25,45. Petersburg 25.

Aus der Bank floßen heute 445,000 Pfd. Sterl.

Petersburg, 17. Oktober. Wechsel auf London 25,2. II. Orientanleihe 90,2.

Newyork, 16. Oktober. (Schlußkurse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 80,2. C. Wechsel auf Paris 5,23,2. 5 p.C. fundierte Amerikaner 103,2. 4 p.C. fundierte Anleihe von 1877 101,2. Erie-Bahn 40,2. Central-Pacific 109,2. Newyork Centralbahn 120,2.

Produkten-Courie.

Köln, 17. Oktober. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 23,75, fremder loco 23,50. pr. November 23,25. pr. März 24,45. Roggen loco 16,50. pr. November 15,70. pr. März 16,75. Hafer loco 13,50. Rüböl loco 29,40. pr. October 29,00. Mai 30,30.

Hamburg, 17. Oktober. (Getreidemarkt.) Weizen loco höh., auf Termine fest. Roggen loco fest, auf Termine steig. Weizen per Oktober-November 234 Br., 233 Gd. per April-Mai 240 Br., 239 Gd. Roggen per Oktober-November 159 Br., 158 Gd. per April-Mai 160 Br., 159 Gd. Hafer still. Gerste ruhig. Rüböl fest, per Oktober 56, per Mai 58,2. Spiritus ruhig, per Oktober 46 Br., per November-Dezember 46 Br., per Dezember-Januar 45,2 Br., pr. April-Mai 45,2 Br. Kaffee angenehm. Umsatz 5000 Sac. Petroleum fest. Standard white loco 8,20 Br., 8,10 Gd., per October 8,10 Gd., per November-Dezember 8,30 Gd. — Wetter: Schön.

Bremen, 17. Oktober. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 8,10 Br., pr. November 8,20. pr. December 8,30 Br., pr. Januar-März 8,30.

Pest, 17. Oktober. (Produktenmarkt.) Weizen loco und Termine fest, per Oktober 14,60 Gd.,

Produkten - Börse.

Berlin, 17. Oktober. Weizen pr. 1000 Kilo loko 205—240 M. nach Qualität gef. Gering gelber Markt. — M. ab Kahn bezahlt. Regulierungspreis f. d. Kündigung 235 M. Gefündigt 2,000 Ctr. Per Okt. 234—235½ bez., ver Okt.-Nov. 234—235½ bez., per Nov.-Des. 234—235½ bez., per Des.-Jan. — bez., per Januar-Februar — bez., per April-Mai 244—246—245½ bez., per Mai-Juni 245½—247 bezahlt. — Roggen per 1000 Kilo loko 150—172 M. nach Qualität gef. Feiner Russ. — a. R. bez. Inländ. 168—170 M. a. B. bez. Russischer 150—150½ M. ab Kahn bezahlt. — Regulierungspreis f. d. Kündigung 151½ M. bezahlt. Gefündigt 42,000 Ctr. Per Oktober 151—152½ bez., per November-Dezember 153½—155 bez., per Des.-Jan. 156—157½ bezahlt, per Januar-Februar 158½ bis 159½ bez., per April-Mai 164½—166 bez., per Mai-Juni 163½—165 bezahlt. — Gerste per 1000 Kilo loko 140—183 nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 122—153 nach Qualität gefordert. Russischer 127—136 bez., Pommerscher 130—140 bez., Ost- u. Westpreußischer 128—140 bez., Schlesischer 127—136 bez., Böhmisches 135—140 bezahlt. Galizischer — bez. Gefündigt — Ctr. — Regulierungspreis — bezahlt. Per Oktober 133 bezahlt, per Oktober-November 133 M. per November-Dezember 133 M., per April-Mai 145½—146 bez. — Erbsen per 1000 Kilo Kochware 171—200 M. Futterware 160—170 M. — Mais per 1000 Kilo loko 136—140 bez. nach Qualität. Rumänischer — ab Bahn bezahlt. Amerikanischer 137 ab Bahn bez. — Weizen mehl per 100 Kilo brutto 00: 32,50 bis 30,00 M. 0: 30,00—29,00 M. 0/1: 29,00—27,50 M. — Roggen mehl 0: 23,75—22,25 M. 0/1: 22,00—21,00 M. per Oktober 21,90—22,00 bez., per Okt.-Nov. 21,90—22,00 bezahlt, per November-Dezember 21,90—22,05 bez., per Dezember-Januar 22,15—22,30 bez., per Jan.-Febr. 22,40—22,50 bez., per April-Mai 23,20—23,40 bezahlt. Gefündigt 500 Ctr. Regulierungspreis für die Kündigung 22 bezahlt.

Berlin, 17. Oktober. Die Meldungen der auswärtigen Börsen haben wenig Anregung geboten; die Haltung der pariser Börse bleibt unentschieden und ebenso eröffnete auch hier der heutige Verkehr. Die internationalen Werte waren anfangs vernachlässigt und zeigten gegen gestern höchst unbedeutende Veränderungen. Doch lagen Kreditattien und Renten verhältnismäßig fest. Rumänen zogen angeblich auf baukrafter Käufe an. Vor allem trat heute der lokale Markt in den Vordergrund. Rheinische Eisenbahn-Aktien waren auf die Erwartung eines

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 17. Oktober 1879.

Breunische Fonds- und Geld-

Couste.

Consol. Anteile	4½	104,75	bz
do. neue 1876	4	97,40	bz
Staats-Anteile	4	98,00	bz
Staats-Schuldch.	3½	96,00	bz
Oo. Deichh.-Obl.	4½	do. (1872 u. 73)	5
Verl. Stadt-Obl.	4½	102,60	bz
do. do.	3½	92,00	bz
Schlu. d. B. Kfm.	4½	do. (1874)	5
Pfandbriefe:			
Berliner	4½	106,60	bz
Landsch. Central	4	97,20	bz
Kurz. u. Neumärk.	3½	91,00	bz
do. neue	3½	88,00	bz
do. neue	4½	97,00	B

Pomm. H.-B. I. 120/5 102,00 B

do. II. IV. 110/5 98,50 bz

Pomm. III. rkt. 100/5 97,00 bz G

Pr. B.-C.-H.-Br. rkt. 5 101,50 bz G

do. do. 100/5 100,00 bz G

115 4½ 99,50 bz G

Pr. C.-B.-Pfdbr. fd. 4½ 102,20 bz

do. inf. rück. 110/5 109,50 G

do. (1872 u. 74) 4½

do. (1872 u. 73) 5

Pr. Hyp.-A.-B. 120 4½ 100,25 bz G

do. do. 110/5 102,50 bz G

Schles. Bod.-Gred. 5 102,75 G

do. do. 4½ 100,10 G

Stettiner Nat. Hyp. 5 100,75 G

do. do. 4½ 97,50 G

Kruppsche Obligat. 5 110,00 bz

Ausländische Fonds.

Amerik. rkt. 1881 6 101,80 bz

do. do. 1885 6

do. Bds. (fund.) 5 100,90 bz G

Norweger Anleihe 4½

Nemnorf. Std.-Anl. 6 114,00 bz

do. Goldrente 4 70,40 bz B

do. Pap.-Rente 4 58,80 bz

do. Silber-Rente 4 59,90 bz

do. 250 fl. 1854 4

do. Cr. 100 fl. 1858 321,80 G

do. Lott.-A. v. 1860 122,50 bz

do. do. v. 1864 295,10 bz

do. do. v. 1864 81,20 bz B

Ungar. Goldrente 6 82,50 bz

do. St.-Eiss.-Alt. 5 82,50 bz

do. Loope 182,60 bz

do. Schatzsch. I. 6

do. do. kleine 6

do. do. II. 6

do. Tab.-Oblg. 6 101,75 bz

Italienische Rente 5

Rumäniere 8

Finnische Loose 46,00 B

Fluss. Centr.-Bod. 5 77,00 G

do. Engl. A. 1822 5

do. do. A. v. 1862 5 86,80 bz

do. do. kleine 4 85,90 bz G

Poln. Pfdbr. III. C. 5 63,90 bz

do. do. 4

do. Liquidat. 4 56,75 bz

Türk. Anl. v. 1865 5 11,50 G

do. do. v. 1869 6

do. do. 35,80 G

do. do. 101,80 bz B

*) Wechsel-Couste.

Amsterd. 100 fl. 8 T.

do. 100 fl. 2M.

Cöln.-Md.-Pr. Anl. 3½ 131,75 bz

Deff. St. Pr.-Anl. 3½ 127,50 G

Goth. Pr.-Pfdbr. 5 113,00 B

do. II. Abth. 5 111,90 bz

do. Pr.-A. v. 1866 3 187,00 bz

do. do. 183,25 G

do. do. 89,50 bz G

do. do. 25,40 bz

do. do. 118,50 G

Oldenburger Loose 3 151,75 B

D.-G.-C.-B.-Pfdbr. 10 103,75 bz G

do. do. 4½ 98,90 bz G

do. do. 101,50 bz G

do. do. 98,80 bz G

do. do. 101,75 bz G

do. do. 101,75 bz G

do. do. 94,50 bz G

<p